Bündnis 90/Die Grünen SPD-Fraktion CDU-Fraktion FR4U

im Freiburger Gemeinderat

Herrn Oberbürgermeister Martin Horn

rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 26.11.2024

"Auswirkungen der Preiserhöhung des Deutschlandtickets", Drucksache G-24/195 h i e r :

Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 4 der Sitzung des Gemeinderates am 26.11.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, Ziffer 2 und 3 des Beschlussantrags in Drucksache G-24/195 des Beschlussantrags zu streichen und wie folgt zu formulieren sowie um Ziffer 5 und 6 zu ergänzen:

- 2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund der bundesweiten Preiserhöhung des Deutschlandtickets die Eigenanteile für das Sozialticket gemäß Drucksache G-24/195 ab dem 01.01.2025 wie folgt anzupassen: die 2x4 Fahrtenkarte um 2,45 € auf 11,00 € und für das Deutschlandticket um 5,00 € auf 33,00 € und für die RegioKarte Basis um 9 € auf 43.
- 3. Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat gemäß Drucksache G-24/195, dass sich der Eigenanteil für das Deutschlandticket automatisch um den jeweiligen Betrag erhöht, um den das Deutschlandticket bei künftigen Preisanpassungen steigt. Hinsichtlich des Deutschlandtickets wird der Eigenanteil jedoch maximal begrenzt auf den Anteil, der im Regelsatz Bürgergeld (SGB II) und Grundsicherung (SGB XII) für Regelbedarfsstufe 1 für fremde Verkehrsdienstleistungen jeweils enthalten ist.
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Freiburger Verkehrs AG (VAG) ab dem 01.01.2025 keine neuen Coupons mit Gültigkeit für die RegioKarte Basis mehr auszugeben und Personen ohne Konto weiterhin Zugang zum Sozialticket zu gewähren und eine Erhöhung der Anzahl der an Quartiersbüros und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ausgegebenen übertragbaren RegioKarten zu prüfen.
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob beim Jobticket und der Schülerbeförderung perspektivisch nur noch das Deutschlandticket vergünstigt angeboten werden kann.

Zur Begründung:

Die Preissteigerungen beim Deutschlandticket stellt auch unsere Stadt vor Herausforderungen: die komplette Übernahme der Preissteigerungen für das Sozialticket durch die Stadt wäre ein weiterer Schritt zum Einstieg in die kommunale Ko-Finanzierung des Deutschlandtickets und würde den kommunalen Haushalt stark belasten; damit würden wiederum Gelder an anderer Stelle für sinnvolle Maßnahmen fehlen. Gleichzeitig ist die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Eigenanteile um 9 € aus sozialpolitischen Gründen sehr kritisch zu sehen.

Um aus dieser Lage einen sowohl sozial- als auch haushaltspolitisch vertretbaren Ausweg zu finden, schlagen wir vor, perspektivisch die RegioKarte Basis aus dem Sozialticket herauszunehmen und die dadurch eingesparten Mittel zur Abfederung der Preiserhöhung beim Deutschlandticket zu verwenden. Denn der städtische Zuschuss ist für die RegioKarte Basis als Sozialticket deutlich höher, als für das Deutschlandticket als Sozialticket. Da die RegioKarte Basis weder übertragbar ist noch die Mitnahme weiterer Personen beinhaltet, gibt es keinen Grund, diese weiter zu subventionieren – zumal das Deutschlandticket den Vorteil der überregionalen Gültigkeit hat.

Da eine unmittelbare Herausnahme der RegioKarte Basis aus dem Deutschlandticket für Unsicherheiten gesorgt hätte, beantragen wir zunächst einmal eine deutlichere Spreizung des Zuschusses zum 01.01.2025 (Ziffer 2) und beauftragen die Verwaltung, die ungeklärten Fragen (Zugänglichkeit des Deutschlandtickets für Personen ohne Konto, etc.) zeitnah zu klären (Ziffer 5). Perspektivisch könnten wir uns eine Vereinheitlichung auf das Deutschlandticket auch bei Jobticket und Schülerbeförderung vorstellen (Ziffer 6).

Mit freundlichen Grüßen

Hannes Wagner & Simon Sumbert, Fraktion GRÜNE Ludwig Striet & Stefan Schillinger, SPD-Fraktion Dr. Carolin Jenkner & Dr. Klaus Schüle, CDU-Fraktion Felicia Fehlberg, FR4U